

Parlamentarischer Vorstoss

2019/707

| | |
|-----------------------|---|
| Geschäftstyp: | Interpellation |
| Titel: | Überprüfung der Grundkompetenzen – breite Analyse und Konsequenzen |
| Urheber/in: | Béatrix von Sury d'Aspremont |
| Zuständig: | — |
| Mitunterzeichnet von: | — |
| Eingereicht am: | 31. Oktober 2019 |
| Dringlichkeit: | — |

Bei der nationalen Überprüfung der Grundkompetenzen (ÜGK) schnitten die Baselbieter Schülerinnen und Schüler im gesamtschweizerischen Vergleich unterdurchschnittlich ab. Die Ergebnisse aus den Leistungsmessungen werden zur Zeit im Hinblick auf mögliche Massnahmen analysiert. Von der Bildungsdirektion einbezogen sind Vertretungen der Lehrerschaft, der Schulleitungen, der Schulräte und des Bildungsrats. Geprüft werden "Massnahmen zur Schärfung des Bildungsauftrags und zur Optimierung der Lernbedingungen". Angestrebt wird kein Aktionismus, weil es weiterhin ein sehr wichtiges Ziel sei, Ruhe in die Schule zu bringen.

Die Analyse verfolgt das wichtige Ziel, dass künftig möglichst alle Schülerinnen und Schüler die minimalen Grundkompetenzen auch tatsächlich erwerben können. Hierfür werden realisierbare *bildungspolitische* Massnahmen gesucht, was sicher richtig ist. Ausgeklammert wird hingegen die Prüfung von *sozialpolitischen* Massnahmen. Bei der Präsentation der Baselbieter Resultate an einer Tagung am 4. September 2019 erwähnte ein Referent, dass die Ergebnisse nicht nur bildungspolitische, sondern auch sozialpolitische Massnahmen nahe legen. Tatsächlich schneiden Schülerinnen und Schüler aus sozial benachteiligten Familien besonders schlecht ab, ebenso solche, bei welchen zuhause nicht Deutsch gesprochen wird. Dies ist zwar ein gesamtschweizerisches Ergebnis, zeigt sich im Kanton Basel-Landschaft aber besonders deutlich. Zugleich zeigte ein anderer Referent aufgrund einer Studie auf, dass sich persönliche und familiäre Belastungen stark auf den Schulerfolg auswirken und dass darin Ansätze für Massnahmen liegen.

Das Baselbiet könnte ein kohärentere und wirksamere Sozialpolitik zur Förderung der Chancengerechtigkeit. Ansätze sind zwar vorhanden, doch die Bedeutung des Feldes und die Griffigkeit der Massnahmen könnten mehr ausgebaut werden (beispielsweise bietet die Elternbildung zu wenig für Eltern mit tiefem Bildungsstand, die Entwicklungen der Kinder- und Jugendhilfe erfolgen nur langsam, etc.). Es ist bekannt, dass Armut und mangelnde Bildung oft von Generation zu Generation weitergegeben werden. Der Kanton muss die Gemeinden in den sozialen Feldern wirkungsvoller zu unterstützen. Er unterstützt damit die Schulen in ihren Bildungsauftrag und kann u.a. bei den Schulen senken.

Aus diesem Grund bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie stark wirken sich im Baselbiet im gesamtschweizerischen Vergleich Belastungen wie eine tiefe soziale Herkunft und Fremdsprachigkeit aus auf den Schulerfolg aus? Welche Ergebnisse zeigen die ÜGK-Resultate? Gibt es andere Auswertungen?
2. Welche Folgen aus der Auswertung der ÜGK-Ergebnisse werden für die laufende Analyse gezogen? Werden auch Faktoren ausserhalb der Schule und Unterricht beigezogen? Werden Stakeholder, die das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen ausserhalb der Schule beeinflussen, mit einbezogen?
3. Wäre eine Ergänzung des bisherigen Ansatzes mit Massnahmen ausserhalb des Unterrichts, die die Lehrpersonen weniger belasten und sinnvoll unterstützen, ein positiver zusätzlicher Ansatz?
4. Sprache wurde in den Referaten als Schlüssel zur breiten Bildung und Entwicklung genannt. Eine Präsentation zeigte auf, dass der Wortschatz von Kleinkindern unterschiedlicher sozialer Herkunft bedenklich unterschiedlich ist. Sollen nicht Massnahmen zur Förderung der Sprache vor und ausserhalb der Schule geprüft und ergriffen werden - für Fremdsprachige, aber auch Kinder aus unterer sozialer Herkunft oder mit anderen Belastungen?
5. Wäre der Regierungsrat bereit, den Problemkomplex von ungenügendem Schulerfolg als Aufgabe auf allen Ebenen zu verstehen und eine effektive Verbesserung sozial benachteiligter Familien anzustreben?
6. Wie beurteilt der Regierungsrat unterstützende Lösungsansätze wie: 1. Tagesschulen, qualitativ hochwertige schulergänzende Kinderbetreuung und Hausaufgabenhilfe? 2. Verstärkte Kooperation mit den Eltern durch die Schule und Unterstützung der Eltern durch niederschwellige (auch aufsuchende) Elternbildung und Elternberatung? 3. Verbessertes Zugang zu familienunterstützenden und entlastenden Angeboten insbesondere auch von Familien mit kleinen Kindern (z.B. in Kitas)? 4. Massnahmen im Bereich der Übergänge von einer Bildungsstufe in die nächste? 5. Ausserschulische Angebote wie offene Kinder- und Jugendarbeit, Jugendberatung etc.?